

16. März 1967: Niederschrift des Gesprächs einer Delegation sowjetischer Journalisten mit Bundeskanzler K. Kiesinger *

Geheim. Expl. Nr. 3

Nach den Begrüßungsworten an die Delegationsmitglieder erklärte Kiesinger:

[„]Wahrscheinlich wird Sie hauptsächlich die Frage interessieren, worin sich die Politik der neuen Regierung von der Politik der vorangegangenen Regierung unterscheidet. Auf diese Frage möchte ich auch antworten.

Als im Jahr 1955¹ in Moskau Verhandlungen über die Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen unseren Ländern geführt wurden, war ich eines der Mitglieder der Delegation und einer von denen, die äußerst bestimmt für die Herstellung dieser Beziehungen eintraten. Damals konnten wir die weitere Entwicklung nicht vorhersehen. Nun können wir sagen, worauf ich bereits in meiner Regierungserklärung hingewiesen habe, dass beide Seiten von der Entwicklung der Ereignisse enttäuscht sind. Die Hoffnungen, die mit der Herstellung diplomatischer Beziehungen verbunden waren, haben sich nicht erfüllt.

Die Sowjetunion hat sich damals um die Anerkennung des Status quo durch die Bundesrepublik, um die Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik und der Grenzen, insbesondere der sogenannten Oder-Neiße-Linie, und auch um den Verzicht der Bundesrepublik auf Atomwaffen, bemüht. Wir haben aber gehofft, dass Wege zur Überwindung des Status quo gefunden werden, dass Lösungen gefunden werden, die der Zukunft dienlich sein könnten.

Wir müssen konstatieren, dass die Dinge sich nicht von der Stelle bewegt haben. Es ist nicht gelungen, einen Kompromiss zwischen beiden Standpunkten zu erzielen.

Jetzt bemüht sich die neue Regierung um eine fortschreitende Verbesserung der Beziehungen mit allen Staaten Europas, nicht nur zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion. Man muss anerkennen, dass sich die Situation seit der Kulmination des „Kalten Krieges“ verbessert hat und sich ein Prozess entwickelt, der uns freut, doch wollen wir von unserer Seite aus, einen zusätzlichen Beitrag in Sachen Überwindung des in Europa existierenden Antagonismus leisten. Darum habe ich in der Regierungserklärung nicht die strittigen Fragen in den Vordergrund gerückt.

Ich möchte, dass Sie das nicht als einen Versuch werten, unsere alten Positionen in eleganterer Form darzulegen. Dahinter verbergen sich bestimmte politische Absichten. In zwei Problemen sind wir bereits bedeutend weiter gekommen als die vorherigen Regierungen. Erstens in Bezug auf Polen. Obwohl wir nach wie vor denken, dass nur ein Friedensvertrag eine endgültige Entscheidung über die Frage der Grenzen bringen kann, so halten wir dennoch an der Meinung fest, dass diese Lösung eine sein muss, die beide Seiten zufriedenstellt. Wir denken, dass diese Sichtweise per se [schon] einen bedeutenden Schritt nach vorne darstellt. Zweitens in Bezug auf die Tschechoslowakei. Auch dort haben wir einen bedeutenden Schritt nach vorne gemacht. Wir stellen gegenüber der Tschechoslowakei nicht nur keine territorialen Ansprüche, sondern erklären auch, dass das Münchner Abkommen nicht länger gültig ist. Die Frage, ob es von Beginn an [ex tunc] ungültig gewesen ist, ist keine politische, sondern eine juristische, möglicherweise eine völkerrechtliche Feststellung. Diese Frage kann nur von un-

* RGANI, F. 5, op. 59, d. 360, S. 73–77. – Die Botschaft der UdSSR in der BRD, 23. März 1967, Nr. 83. Eingangsstempel: „ZK der KPdSU, 10102, [unleserlich] März 1967, obliegt der Rückgabe an die Allgemeine Abteilung des ZK der KPdSU.“ Hs. vermerkt: „Hinweis, Dokument zur Kenntnis genommen, Informationsmaterial, der geschäftsführende Sektorenleiter der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU Močalin [Unterschrift].“ Hs. Verfügung: „[Ins] Archiv [Unterschrift unleserlich]. 25-s/7. [Unterschrift unleserlich], 23. August 1967.“ – Verteiler: „5 Ex.: 1 - Gen. M. V. Zimjanin, 2 - Gen. V. S. Semenov, 3 - Abt[eilung] des ZK der KPdSU, 4 - Gen. A. I. Blatov, 5 - zum Akt Nr. 201, 23. März 1967.“

¹ Im russischen Original irrtümlich: 1966.

abhängigen Richtern oder einem unabhängigen Gericht entschieden werden. Wir befürworten nicht die Umstände, unter denen das Münchner Abkommen geschlossen worden ist. Für einen Politiker ist es wichtig festzustellen, dass er sich in seiner Politik nicht länger auf dieses Abkommen stützt.

Wir haben diplomatische Beziehungen mit Rumänien aufgenommen und möchten gleichartige Beziehungen zu allen osteuropäischen Nachbarn aufbauen, wenn auch diese das möchten. Die Prinzipien, nach denen solche Beziehungen hergestellt werden, sollen unserer Meinung nach dieselben sein, die auch der Herstellung von diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetunion zugrunde lagen.

Wir stehen auf dem Standpunkt, dass die Herstellung diplomatischer Beziehungen per se noch keine Normalisierung der Beziehungen bedeutet, wie das anscheinend von Ihnen auf der Warschauer Konferenz dargestellt wurde. Die Normalisierung der Beziehungen soll in dem Maße erreicht werden, in dem nach und nach Misstrauen abgebaut und Vertrauen geschaffen wird, in dem Maße, in dem wir einander besser kennenlernen, in dem Maße, in dem sich die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen entwickeln. All das soll ein integraler Teil im Prozess der Normalisierung der Beziehungen sein.

Wir beabsichtigen nicht, unsere Politik in Bezug auf die osteuropäischen Länder zum Nachteil von irgendjemandem zu nutzen, schon gar nicht zum Nachteil der Sowjetunion, und versuchen nicht irgendjemanden zu isolieren.

Ich möchte noch zwei weiteren Fragen ansprechen. Zuerst die Frage über den Gewaltverzicht. Ich denke, dass diese Idee noch nicht die gebührende Würdigung in den Beziehungen zwischen unseren Ländern gefunden hat. Wenn zwischen zwei Völkern irgendwelche strittigen Probleme existieren und eines von ihnen auf die Gewaltanwendung verzichtet mit dem Ziel, diese Probleme zu lösen, dann ist das schon ein außerordentlich wichtiger Beitrag für die Entwicklung der gegenseitigen Beziehungen. Auf jeden Fall hat dies eine wichtige Bedeutung für die Beruhigung und Minderung von Ängsten. Für mich ist diese Position ein Eckpfeiler unserer Politik. Ohne ihn könnte man unsere Ostpolitik als unrealistisch betrachten. Ich möchte sagen, dass ich bereit bin, diesem Verzicht jede denkbare rechtliche Form zu geben und diesen Verzicht mit jeglicher Art von Garantie zu unterstützen.

Wir haben bereits einen wichtigen Beitrag geleistet, indem wir den Verzicht auf die Herstellung und den Erhalt von Atomwaffen in unser nationales Eigentum und unsere Verfügung erklärt haben. Die Befürchtungen, dass wir uns dennoch darum bemühen, sind vollkommen haltlos. Was nun die mögliche Bildung eines Europäischen Bündnisses betrifft, um das sich die europäischen Staaten schon lange bemühen, so wird dieses, falls es überhaupt dazu kommen sollte, so eine gewaltige Macht sein, dass es die Möglichkeit haben muss, sich selbst zu verteidigen und auch die fortschrittlichsten Waffen zur eigenen Verfügung zu haben. Wenn wir über diese sehr langfristige Perspektive sprechen, so gibt es Misstrauen, dass wir beabsichtigen würden, durch die Hintertür die Chance zu erhalten, unseren Finger auf den Atomknopf zu legen. Solche Absichten haben wir nicht. Es sind Organisationsformen vorstellbar, die jegliche Art von Ängsten zerstreuen können. Ich will mich nicht noch länger mit dieser Frage aufhalten, aber sagen, dass solche Formen existieren. Wir sind in ausreichendem Maße Realisten, um zu verstehen, dass man sich auf diesem Weg sehr klug und vorsichtig vorwärtsbewegen muss. Unsere Überlegungen um einen Abschluss des Atomwaffensperrvertrags sehen die Notwendigkeit eine friedliche Entwicklung der Atomenergie zu gewährleisten. Eine bestimmte Rolle können hier auch Überlegungen, die unsere Sicherheit betreffen, spielen. Aber das hat nichts zu tun mit dem Bemühen, Atomwaffen zu bekommen.

Die Politik zur Herstellung besserer Beziehungen zu Osteuropa – einschließlich der Sowjetunion – wollen wir in engem Kontakt mit Frankreich betreiben. Die Politik Frankreichs erweckt keine Befürchtungen bei den Ländern Osteuropas. Gleichzeitig ist Frankreich mit Sicherheit nicht daran interessiert, dass es zu irgendeiner Art von deutscher Hegemonie in Europa kommt. Frankreich selbst fordert, dass die Bundesrepublik Deutschland, und zu einem

späteren Zeitpunkt auch ein vereintes Deutschland, keine Kernwaffen zu seiner Verfügung hat. Weil wir den französischen Standpunkt so einschätzen, haben wir die Politik gegenüber Osteuropa gemeinsam mit Frankreich entwickelt. Dies scheint mir ein wichtiger Hinweis darauf zu sein, dass wir tatsächlich ehrlich beabsichtigen, friedliche Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten zu entwickeln.

Ich möchte einige Gedanken ansprechen, die Ostdeutschland betreffen. Aus unserem hinreichend bekannten rechtlichen Standpunkt in dieser Frage darf man nicht den Schluss ziehen, dass wir in irgendeiner Form eine Bevormundung der Bevölkerung Ostdeutschlands wollen. Wir möchten Ostdeutschland auch nicht schlucken, so wie das manchmal in der Sowjetunion und in Ostdeutschland erzählt wird. Wir möchten einzig unseren Landsleuten helfen, ihren Willen in Bezug auf die Zukunft zum Ausdruck zu bringen. Dabei wird sich, so denke ich, ein Entwicklungsprozess anbahnen. Welche Entscheidung sie auch immer treffen, wir werden diese respektieren. Unterdessen sind wir bereit, Kontakte sowohl mit den Menschen als auch mit den Behörden Ostdeutschlands aufzubauen, um die Situation in beiden Teilen Deutschlands zu verbessern. Das, was ich gesagt habe, mag für Sie nichts Sensationelles sein, aber in meinen Augen hat es Bedeutung. Im Übrigen ist es nötig, auf den Prozess der Fortentwicklung zu vertrauen. Ich denke, dass diese Entwicklung in Zukunft zur Annäherung der Interessen der Völker Europas, u. a. jener der Sowjetunion und der Bundesrepublik, beitragen wird. Letzten Endes hängt der Wert politischer Entscheidungen davon ab, in welchem Maße sie den Interessen der Völker entsprechen. Zum Abschluss möchte ich sagen, dass es in den kommenden Jahren und Jahrzehnten möglich sein könnte, umfassendere Felder gemeinsamer Interessen zwischen unseren Ländern aufzumachen, als dies in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten der Fall gewesen war. Das würde eine Entscheidung erleichtern.[“]

Auf die Frage, ob man von der jetzigen Koalitionsregierung nicht irgendwelche Bestrebungen zur Anerkennung des Faktums der Existenz zweier deutscher Staaten – der BRD und der Deutschen Demokratischen Republik – erwarten könne, erklärte der Kanzler: [„]Unser rechtlicher Standpunkt in Bezug auf Ostdeutschland bleibt unverändert. Wir sind jedoch bereit unseren rechtlichen Standpunkt so zu definieren, dass es so wenig Spannungen, Erschwernisse und Feindseligkeiten wie möglich gibt. Man kann diesen oder jenen rechtlichen Standpunkt aggressiv vertreten, man kann ihn aber auch in einer Weise vertreten, die Vertrauen schafft, die zu einer Verbesserung der Beziehungen und zu einer gemeinsamen Lösung führt. Ein solcher Standpunkt kann natürlich große Bedeutung für die weitere Entwicklung haben. In diesem Zusammenhang möchte ich erneut betonen, dass der Gewaltverzicht den Eckpfeiler unserer gesamten Politik darstellt. Ich wiederhole noch einmal, dass wir bereit sind, diesem Verzicht jede denkbare rechtliche Form zu geben und diesen Verzicht mit jeglicher Art von Garantie zu unterstützen.[“]

Auf die Frage, welche Schritte die Bundesregierung zur Verbesserung der Beziehungen der BRD mit der Sowjetunion zu unternehmen gedenkt, sagte Kiesinger: [„]Ich denke, dass für die Verbesserung der Beziehungen zwischen unseren Ländern das Vorhandensein von gutem Willen auf beiden Seiten unabdingbar ist. Der nächste Schritt soll darin bestehen, in all jenen Bereichen, die nicht in Verbindung zu den strittigen Problemen stehen, Verbesserungen zu erreichen. Hier haben wir ein weites Feld für eine mögliche Annäherung von Interessen. Es wäre ein ernstzunehmender Fehler, die ganze Zeit hin ausschließlich die strittigen Probleme in den Vordergrund zu stellen. Die Politik des ‚alles‘ oder ‚nichts‘ führt nicht zum Erfolg, doch Erfolg kann man erzielen, wenn man sich vorsichtig vorantastet auf diesem allen Anschein nach langen und steinigen Weg. Die Geschichte verfügt über eine viel reichere Phantasie als ihre handelnden Akteure.[“]

Zum Abschluss sagte der Kanzler: [„]Ich bitte Sie, dass Sie aus unserem Gespräch die Überzeugung mitnehmen, dass alles, was ich gesagt habe, nicht bloß leere Worte waren, sondern Ausdruck einer ehrlichen Politik, es ist unsere Antwort für eine Verbesserung der Beziehungen zwischen unseren Ländern. Sie dürfen von mir keine Zaubereien erwarten, aber Sie

können sicher sein, dass wir den Weg, den wir eingeschlagen haben, mit Geduld und gutem Willen weitergehen werden.[“]

K. Zarodov
P. Naumov

F. d. R.: Der Erste Sekretär der Botschaft der UdSSR in der BRD

A. Bogomolov²

² Hs. unterzeichnet.